

Positionspapier

EU-ropa

September 2018



Inhalt

Inhalt	2
1. Präambel	3
2. Weiterentwicklung der EU.....	6
3. Partizipation und Mitbestimmung.....	9
4. Vernetztes EU-ropa	13
5. Bildungs- und Jugendförderprogramme.....	15
6. Bildung und Ausbildung.....	17
7. Junge Menschen am Arbeitsmarkt	19
8. Nachhaltige Entwicklung.....	21
9. Soziale Rechte	23
10. Quellen und weiterführende Literatur	25



1. Präambel

Die österreichische Bundesjugendvertretung (BJV) hat den gesetzlichen Auftrag, Kinder und Jugendliche zu vertreten und bringt sich seit 2001 in alle politischen Bereiche ein, die für Kinder und Jugendliche relevant sind. Daher ist die BJV aktives Mitglied des Europäischen Jugendforums und engagiert sich auch auf EU-Ebene für die Rechte und Anliegen von Kindern und Jugendlichen.

Die EU weiterentwickeln

Seit über 60 Jahren steht die EU für Frieden und Sicherheit ein. Durch die Zusammenarbeit der Staaten in der Union und das Fundament der vier Grundfreiheiten wurden viele neue Möglichkeiten, vor allem auch für junge BürgerInnen, geschaffen. Begegnungen und bereichernde Erfahrungen in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten zu sammeln ist bspw. durch den freien Personenverkehr bedeutend erleichtert worden. Auch immer mehr junge Menschen nutzen die Chance, in der EU außerhalb ihres Heimatlandes zu wohnen, zu lernen oder zu arbeiten.

Die EU ist eine Erfolgsgeschichte. Allerdings braucht es gemeinsames Arbeiten an einer Weiterentwicklung der EU, um ein wirkliches Gemeinschaftsprojekt zu garantieren, an dem alle BürgerInnen gleichermaßen teilhaben und von dem sie profitieren können.

Unsere EU der Zukunft ist eine der Demokratie und Teilhabe

Viele Ereignisse in den vergangenen Jahren haben das Interesse und die Bedeutung der Europäischen Union für junge Menschen deutlich gemacht. Exemplarisch zeigt das etwa die Abstimmung zum Austritt Großbritanniens aus der EU, bei der die Mehrheit der jungen WählerInnen für einen Verbleib votiert hat.¹ Auch in Österreich fühlen sich 83 Prozent der jungen Menschen als EU-BürgerInnen.² Trotz dieser Beispiele gibt es auch viele Jugendliche, die von der EU enttäuscht sind, sich nicht vertreten fühlen und keine Stimme haben. Die drängenden politischen und wirtschaftlichen Probleme führen zu wachsender Skepsis gegenüber der EU.³

Auch die geringe Beteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament, zeigen dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, was die europapolitische Bildung und die Gestaltungsmöglichkeiten in der EU betreffen. Auch auf Ebene der EU-Mitgliedstaaten muss Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gesichert werden.

Die wachsende Verunsicherung und der Vertrauensverlust in die EU-Institutionen sind ein klarer Handlungsauftrag für die Weiterentwicklung der EU. Bei der Behandlung dieser relevanten Zukunftsfragen muss vor allem sichergestellt werden, dass die EU kinder- und jugendfreundlich gestaltet wird. Wir wollen das Europa, in dem wir leben,

¹ Vgl. <https://www.theguardian.com/politics/2016/jul/09/young-people-referendum-turnout-brexit-twice-as-high> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

² Vgl. <http://oegfe.at/2017/09/oegfe-jugendumfrage-2017-zum-schulstart-austausch-mit-jugendlichen-ueber-europa-intensivieren/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

³ <https://ec.europa.eu/austria/news/eurobarometer-umfrage-f%C3%BCr-%C3%B6sterreich-wachsender-pessimismus-aber-%C3%B6sterreicher-sehen-eu-bei-de> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]



weiter entwickeln: Die europäische Idee ist weit mehr als eine Wirtschaftsunion, es ist eine politische Union, die das friedliche Zusammenleben der europäischen BürgerInnen ermöglichen soll. Was dafür notwendig ist, wird nachstehend erläutert.

Unsere EU der Zukunft ist eine des Zusammenhalts und der Gemeinschaft

Vor allem die letzten Jahre haben gezeigt, dass es die EU auch – oder eben gerade – in ‘Schlecht-Wetter-Situationen’ braucht. Viele Jugendliche stehen durch die veränderte Arbeitsmarktsituation aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise vor großen Herausforderungen. Dass Gemeinschaft und Solidarität für junge Menschen einen großen Stellenwert haben, hat sich im Zuge der stark gestiegenen Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre gezeigt: unzählige junge EuropäerInnen haben sich freiwillig engagiert und haben damit vielen zaghaften europäischen EntscheidungsträgerInnen deutlich gemacht, wofür die EU stehen kann. Auch im Umgang mit Jugendarbeitslosigkeit hat das Engagement zahlreicher Jugendorganisationen für die Jugendgarantie den gemeinsamen Gestaltungswillen jungen Menschen klar demonstriert.

Unsere EU der Zukunft tritt für globalen Zusammenhalt ein

Zahlreiche Herausforderungen können weder nationalstaatlich noch auf EU-Ebene sondern nur durch globale Zusammenarbeit gemeistert werden. Besonders Menschenrechte kennen keine Grenzen! Die EU muss sich daher aktiv für die Verwirklichung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union⁴ – in Ergänzung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen – einsetzen.

Unsere EU der Zukunft ist eine der Nachhaltigkeit

Der Klimawandel macht keinen Halt vor nationalstaatlichen Grenzen. Klimaschutz ist deshalb von hoher internationaler Relevanz. Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels können nur global funktionieren, weshalb ein gemeinsames europäisches Vorgehen für unsere Regionen unerlässlich ist.

Die EU ist auch gefragt, wenn es darum geht, das Klimaschutzabkommen von Paris (2016) sowie die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) umzusetzen. Viele junge Menschen wünschen sich, dass die EU in der nachhaltigen Entwicklung eine Vorreiterrolle einnimmt, um langfristig und global ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Unsere EU der Zukunft ist eine der Chancengerechtigkeit

Um ein jugendgerechtes Europa zu realisieren, ist es unerlässlich, allen BürgerInnen die gleichen Chancen zu bieten und Jugendliche aktiv in die Gestaltung der EU einzubinden. Die EU muss für junge Menschen greifbar und erfahrbar sein, um ihr Zugehörigkeitsgefühl und ihre europäische Identität positiv zu stärken.

Dabei ist es wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensumstände eingehen und die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in ihrer Vielfalt erfassen, bspw. persönliche, politische, sozio-ökonomische Faktoren wie Migrationshintergrund, Geschlecht oder auch Wohnort.

⁴ Vgl. <http://fra.europa.eu/de/charterpedia> [zuletzt aufgerufen: 6.3.2018]



Unsere EU der Zukunft ist eine kinder- und jugendgerechte

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und die EU jugendfreundlicher zu gestalten, braucht es umfassende Strategien. Jugendliche müssen im Zentrum der Entwicklung solcher Pläne und Maßnahmen stehen und müssen vom Entwurf, über die Implementierung bis hin zur Evaluierung eingebunden sein. Dabei muss Jugendpolitik als Querschnittsmaterie verstanden und mit anderen Maßnahmen und Programmen vernetzt gedacht werden.



2. Weiterentwicklung der EU

Die EU wurde in ihrer Vorläuferorganisation 1951 durch die Verträge von Paris gegründet. Bestrebungen, den europäischen Kontinent politisch zu einen und durch Gründung einer Gemeinschaft Stabilität, Sicherheit und Solidarität sicherzustellen reichen noch weiter zurück. Im Laufe der Zeit hat sich die EU aus dem Bündnis, das durch wirtschaftliche Kooperation für Frieden zwischen europäischen Staaten sorgen sollte, bedeutend weiterentwickelt und existiert heute als politischer Bund der Mitgliedsstaaten.

Damit eine EU des Friedens, der Freiheit, Solidarität, Vielfalt und Mitbestimmung möglich ist, müssen wir gemeinsam an der Weiterentwicklung der EU arbeiten. Jugendliche nehmen dabei aus mehreren Gründen eine Schlüsselposition ein:

- Junge Menschen sind meist in der EU aufgewachsen und verstehen sich mehrheitlich als EuropäerInnen.⁵
- Bei allen Entscheidungen müssen die Folgen für kommende Generationen bedacht werden und daher die Erwartungen und Vorstellungen junger Menschen schon jetzt berücksichtigt werden.
- Kinder und Jugendliche haben klare Forderungen und Wünsche an die EU der Zukunft – ihre Meinung muss daher gehört und ernst genommen werden.

EU demokratischer gestalten

Um die EU näher an die BürgerInnen zu bringen, braucht es vor allem einen Ausbau der demokratischen Instrumente sowie mehr Transparenz. Die Institutionen und Entscheidungswege müssen greifbar und nachvollziehbar sein. Als direkt gewählte Vertretung der BürgerInnen muss das Europäische Parlament gestärkt werden, etwa durch europaweite Kandidaturen. Dies ist auch im Sinne einer stärkeren europäischen Identität.

Um die Mitbestimmung und Nachvollziehbarkeit der europäischen Institutionen weiter zu stärken, bedarf es auch einer Transformation der Europäischen Kommission, damit diese in ihrer demokratischen Legitimation gestärkt und ihre Arbeit effizienter gestaltet wird.

EU gerecht gestalten

Um Europa gerecht zu gestalten, braucht es auch mehr Transparenzregelungen, was Steuerfragen betrifft. Dies ist einerseits wichtig, um Klarheit für UnternehmerInnen zu schaffen. Andererseits braucht es strenge Konsequenzen für Steuerbetrug. Aufdeckungen wie die LuxLeaks, Panama Papers oder Paradise Papers haben gezeigt, mit welchen komplexen Konstrukten große Konzerne arbeiten können. So entgehen Staaten bedeutende Summen an Steuergeldern, die dann u.a. bei Maßnahmen für

⁵ Vgl. <http://oegfe.at/2017/09/oegfe-jugendumfrage-2017-zum-schulstart-austausch-mit-jugendlichen-ueber-europa-intensivieren/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]



Kinder und Jugendliche fehlen. Es benötigt daher mehr Zusammenarbeit, Transparenz sowie strengere Regeln und Sanktionen für die Umgehung von Steuerpflichten.

Die soziale Dimension und Chancengerechtigkeit müssen durch eine rechtebasierte und mit Maßnahmen verknüpfte Soziale Säule in der EU gestärkt werden. In diese sind die sozialen und rechtlichen Grundprinzipien für alle Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen vereinbart. Damit kann Zusammenhalt gefördert und Sozialdumping und Fragmentierung gekontert werden. Daher unterstützt die BJV die von der Europäischen Kommission gestartete Initiative einer europäischen Säule sozialer Rechte und fordert, dass den darin beinhalteten zwanzig sozialen Prinzipien konkrete Rechtsrahmen folgen werden, damit diese Rechte auch gewährleistet sind.

Gemeinsam global gestalten

Viele große Herausforderungen, mit denen die EU derzeit konfrontiert ist, können nur durch Kooperation bewältigt werden. Steigende Instabilität und globale Krisenherde verlangen nach einer EU, die weltweit mit einer starken, geeinten Stimme für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auftritt.

Die EU ist der weltweit größte Binnenmarkt und hat dementsprechende Verantwortung in der Gestaltung von Handelspolitik. Wir stehen für eine faire, freie und transparente Handelspolitik. Dabei muss dem Europäischen Parlament als Vertreterin der BürgerInnen eine stärkere Rolle zukommen als bisher. Weiters ist eine differenzierte Auseinandersetzung im medialen und öffentlichen Diskurs sowie in Bildungseinrichtungen zum Thema Handelspolitik notwendig.

Damit Kinder und Jugendliche auch in Zukunft in einem friedlichen Europa aufwachsen können, muss zudem die gemeinsame Außenpolitik verstärkt werden, um sich gemeinsam für globalen Wohlstand, Frieden und Demokratie zu engagieren.

Eine starke EU braucht Transparenz, Demokratie und Gerechtigkeit. Daher fordert die BJV:

- Initiativrecht des EU-Parlaments
- Reform der Wahlen zum Europäischen Parlament, hin zu einer stärkeren europäischen Dimension (bspw. durch eine überregionale Kandidaturen, einer Persönlichkeitswahl, Vorzugstimmen)
- Sitz und Arbeitsort des EU-Parlaments sollen in Brüssel sein
- Direktwahl des bzw. der KommissionspräsidentIn
- EU-KommissarInnen nach Notwendigkeit der Ressorts, nicht nach Länderzahl
- Der bzw. die KommissionspräsidentIn stellt das Team der KommissarInnen in Absprache mit den Mitgliedsstaaten zusammen, wobei die KandidatInnen einzeln durch das Europäische Parlament bestätigt werden müssen.
- Stärkere Zusammenarbeit im Bereich Außenpolitik
- Förderung einer koordinierten und einheitlichen Politik des Multilateralismus, die sich für globalen Wohlstand, Frieden und Demokratie einsetzt und bei der die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle einnimmt.

- Unter der Voraussetzung der Beibehaltung der österreichischen Neutralität ist lediglich eine Zusammenarbeit im Zuge friedenssichernder Einsätze erstrebenswert.
- Erarbeitung von Transparenzregelungen, die Klarheit für UnternehmerInnen in Steuerfragen schaffen und eine unbürokratische Abwicklung ermöglichen.
- Steuergerechtigkeit schaffen, indem Gewinne am Ort ihrer Entstehung auch tatsächlich besteuert werden (z.B. durch digitalen Firmensitz) und dabei Steuertransparenz durch länderspezifische Offenlegung von Informationen gegenüber der Öffentlichkeit (Country-by-Country-Reporting) sicherstellen.
- Verhinderung von Steuerbetrug durch die Ausweitung der Blacklist, bei der nicht-kooperative Steuergebiete auch innerhalb der EU klar gekennzeichnet und konsequent sanktioniert werden.
- Ausbau einer starken, rechtebasierten und maßnahmengekoppelten Sozialen Säule in der EU, die soziale und rechtliche Grundprinzipien für alle Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen vereinbart.
- Faire, freie und transparente Handelspolitik der EU, welche die Qualitäts- und Wertestandards der EU sicherstellt und bei der dem Europäischen Parlament eine kontrollierende Rolle zukommt.



3. Partizipation und Mitbestimmung

Ein Kernanliegen der BJV ist es, dass sich Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Entscheidungen und Prozessen beteiligen und aktiv ihre Lebensbereiche mitgestalten können. Umgekehrt bedeutet das auch, dass dabei EntscheidungsträgerInnen einen Teil ihrer Einflussmöglichkeiten abgeben und Kinder und Jugendliche damit vermehrt über die eigene Lebensgestaltung bestimmen können.

Jugendpolitik und Jugendarbeit fördern Jugendbeteiligung auf allen Ebenen – lokal, regional, national und in der EU. Die BJV steht für die Etablierung, bzw. stetige Weiterentwicklung von Jugendpolitik und Jugendarbeit ein, damit verstärkte Mitbestimmung auf allen Ebenen gelingt.

Die europäische Zusammenarbeit nutzen

Für den Kontext der EU stellen sich besondere Herausforderungen, weil Beteiligung nicht in der gleichen Art und Weise wie auf regionaler Ebene organisiert werden kann. Das liegt u.a. daran, dass das Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen komplex ist und es bis zur Umsetzung von Ergebnissen meist lange dauert. Andererseits bietet die Vernetzung innerhalb der EU Chancen, bspw. wenn europaweit ein gemeinsames Thema auf die Agenda der Jugendpolitik gesetzt wird oder wenn Ideen und gute Praxis ausgetauscht werden.

Strukturen zur Mitbestimmung stärken – Co-Management ausbauen

Wohin die Reise im Bereich Partizipation gehen kann, zeigt das im Europarat seit Jahrzehnten gelebte Modell des Co-Managements im Joint Council on Youth (CMJ). Co-Management bedeutet dort, dass JugendvertreterInnen in institutionalisierter Form in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Die Vision ist, dass auf allen politischen Ebenen die direkte und gleichberechtigte Teilhabe von JugendvertreterInnen an Entscheidungen institutionalisiert wird. Junge Menschen müssen von der Politik als gleichberechtigte PartnerInnen in politischen Prozessen wahrgenommen und ihre Anliegen berücksichtigt werden. Dies kann entweder ad-hoc geschehen oder in einem ständigen Komitee, das die Themensetzung vornimmt und Empfehlungen für die Politik gemeinsam mit EntscheidungsträgerInnen im Jugendbereich abgibt.

Auf allen Ebenen muss zudem sichergestellt werden, dass jugendgeleitete, unabhängige, demokratische Initiativen und Jugendvertretungen anerkannt und ausreichend gefördert werden. Kriterien für Initiativen zur Vereinsgründung und -finanzierung sollen vereinfacht werden.

Den Strukturierten Dialog⁶ weiterentwickeln

Um Jugendpolitik in der EU mitzugestalten, hat sich der Strukturierte Dialog als nützliches Werkzeug erwiesen. Der Strukturierte Dialog ermöglicht eine aktive Beteiligung an EU-Politik, die in diesem Ausmaß in keinem anderen EU-Politikbereich stattfindet. Der kontinuierliche Informations- und Meinungsaustausch mit jungen Menschen soll

⁶ <http://www.strukturierter-dialog.at/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]



schlichtweg Teil des modernen Politik- und Verwaltungsverständnisses werden. Mit dem Strukturierten Dialog soll eine Beteiligungskultur etabliert werden, die einen Dialog auf Augenhöhe ermöglicht. Um den Prozess zu sichern, braucht es stärkere Verbindlichkeit bei der Bearbeitung und Umsetzung sowie ein klares Commitment der Politik. Die Ergebnisse sollen verbindlich bearbeitet werden und Auswirkungen zeigen. Besonders wichtig ist es, dass junge Menschen unabhängig von ihrem Vorwissen auf einfache Art und Weise am Strukturierten Dialog teilnehmen können. Um auch benachteiligten Jugendlichen die Teilnahme am Prozess stärker zu ermöglichen, braucht es adäquate finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen. Zudem braucht es eine Strategie, um Qualität im Beteiligungsprozess hinsichtlich der Methoden und Settings zu gewährleisten. Diese müssen den Ansprüchen aller jungen Menschen, insbesondere derer mit weniger Möglichkeiten, entsprechen.

Politische Bildung stärken

Politische Bildung ist der Grundstein für Partizipation und die Mitgestaltung unserer Demokratie und Gesellschaft: Nur wenn junge Menschen über demokratisches Bewusstsein, die entsprechenden Kompetenzen und das nötige Wissen verfügen, ist es ihnen auch möglich, sich an politischen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt ebenso für Wissen über das Funktionieren der EU. Qualitativ hochwertige Informationen zur EU müssen leicht zugänglich und zielgruppengerecht gestaltet sein. Politische Bildung muss für junge Menschen mehr sein als Theorie, sondern wie bspw. den Strukturierten Dialog gelebte Praxis werden. Sowohl im formalen Bildungssektor als auch im außerschulischen Bereich soll daher Politische Bildung ausgebaut werden.

Wählen mit 16

Was in Österreich seit 2007 auf allen Ebenen, also Gemeinde, Bundesland, Bund und EU, Realität ist, soll für alle jungen BürgerInnen der EU möglich werden. Die Erfahrungen aus Österreich haben gezeigt, dass Jugendliche und junge Erwachsene an Politik interessiert sind und die Senkung des Wahlalters das Interesse sowie die Beteiligung an Wahlen gesteigert hat. Um mehr Mitbestimmung möglich zu machen und die Anliegen von Jugendlichen mehr in den Fokus der Politik zu setzen, spricht sich die BJV für eine Wahlaltersenkung auf allen Ebenen in der gesamten EU aus. Die Senkung des Wahlalters erfordert unbedingt vorbereitende und begleitende Maßnahmen im Bereich der Politischen Bildung.

Schuldemokratie stärken

Das Modell der SchülerInnenvertretungen soll europaweit Schule machen. Dazu braucht es eine gesetzliche Verankerung von Demokratiestrukturen in Bildungseinrichtungen. Auch schulübergreifende Vertretungen auf regionaler und nationaler Ebene sollen gestärkt werden. In einem weiteren Schritt soll EU-weit eine gesetzlich verankerte SchülerInnenvertretung etabliert werden. Diese muss mit konkreten Ressourcen (Personal, Finanzen, Kompetenzen) ausgestattet werden.

Mitbestimmung in Betrieben stärken

JugendvertrauensrätInnen sind wichtige Anlaufstellen für jugendliche ArbeitnehmerInnen in Betrieben und treten als VermittlerInnen zwischen deren Anliegen und der



Betriebsleitung ein. Es muss sichergestellt werden, dass diese Form der Mitbestimmung nicht wegfällt, wenn junge Menschen außerhalb Österreichs arbeiten. JugendvertrauensrätInnen in Betrieben sollen europaweit verankert werden.

Jugend-Check europaweit etablieren

Seit 2013 werden Gesetzesvorhaben in Österreich vorab auf ihre Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche überprüft. Dieser Vorgang der sogenannten Wirkungsorientierten Folgenabschätzung wird auch Jugend-Check genannt. Eine Vielzahl von Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, wird mittlerweile auf europäischer Ebene getroffen. Daher braucht es ein vergleichbares Instrument auch im EU-Kontext. Mögliche Auswirkungen von vorgesehenen Entscheidungen und Maßnahmen für junge EU-BürgerInnen müssen frühzeitig berücksichtigt werden. Nur so kann ein Bewusstsein für die besonderen Anliegen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen geschärft, die Perspektive von EntscheidungsträgerInnen erweitert und langfristig eine kinder- und jugendfreundliche europäische Gesellschaft ermöglicht werden.

Eine EU der Teilhabe und Demokratie braucht nachhaltigen Strukturen und Möglichkeiten der Jugendbeteiligung. Daher fordert die BJV:

- Förderung von substanzieller, nachhaltiger Einbindung von jungen Menschen und Jugendorganisationen in die Entwicklung und Implementierung von Maßnahmen, die Jugendliche betreffen – auf allen Ebenen von Verwaltung und Politik
- Verstärkte, zielgruppengerechte Information durch EU-Institutionen zu allen Partizipationsmöglichkeiten, wie etwa öffentliche online Konsultationen
- Co-Management System für den Jugendsektor der EU, ähnlich wie das Joint Council on Youth des Europarats
- Stärkung und Ausbau des Strukturierten Dialogs, vor allem eine niederschwelligere Gestaltung, um eine breitere Einbindung auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu ermöglichen. Weiters ist eine verstärkte Verankerung des Strukturierten Dialogs auf politischer Ebene notwendig, um den Prozess und dessen Ergebnisse zu sichern.
- Anerkennung und Förderung von jugendgeleiteten, unabhängigen, demokratischen Initiativen und Jugendvertretungen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene und vereinfachte Kriterien für Vereinsförderung- und Vereinsgründungsinitiativen auf europäischer Ebene.
- Ausbau von Politischer Bildung im formalen Bildungssektor sowie Stärkung der Politischen Bildung im außerschulischen Bereich
- Europaweite Wahlaltersenkung auf 16 Jahre auf allen Ebenen
- Jugendanteil (unter 30 Jährige) von mindestens 10% aller Mitglieder im Europäischen Parlament
- Europaweite Verankerung von Demokratiestrukturen in Schulen und in einem weiteren Schritt die Etablierung einer EU-weiten gesetzlich verankerten SchülerInnenvertretung
- Europaweite Verankerung von JugendvertrauensrätInnen in Betrieben

- Europaweiter Jugend-Check der möglichen Auswirkungen von vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen auf junge EU-BürgerInnen



4. Vernetztes EU-ropa

Viele junge Menschen in der EU sind durch das Internet und ihre Mobilität stark vernetzt. Kommunikation und Mobilität haben sich jedoch rasant und gravierend verändert. Um diese Entwicklungen positiv zu gestalten, bedarf es angemessener Rahmenbedingungen und einer entsprechenden Infrastruktur.

Digitalisierung nutzen

Die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, die vereinfachte Mobilität, der Ausbau des Internets und die Digitalisierung haben Menschen allgemein, aber vor allem auch in der EU näher zusammenrücken lassen. Das Leben vieler junger Menschen findet heute zu einem großen Teil online statt. Kinder und Jugendliche haben durch das Internet einen erheblich vereinfachten Zugang zu Kommunikation, Information und Kultur. Allerdings birgt die erhöhte Relevanz des Internets auch Gefahren, vor allem in Bezug auf Datenschutz, Online-Diskriminierung (z.B. Hate Speech) und fehlendes Know-how im Umgang mit neuen Medien. Viele unserer Lebensbereiche verändern sich durch die fortschreitende Digitalisierung enorm und oft machen diese Entwicklungen auch nicht vor nationalen Grenzen halt. Um sicherzustellen, dass die Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Lebensrealität positiv sind, muss die Politik die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Medien und Information stärken

Um der Vernetzung der EU-BürgerInnen auch in der Informationspolitik gerecht zu werden, braucht es stärkere europäische Mediennetzwerke und einen vereinfachten, grenzübergreifenden Zugang zu Information. Dialog, Demokratie und Diskussion über Fragen, die alle EU-BürgerInnen betreffen, brauchen Medien, die diese Fragen mit einer europäischen Dimension behandeln. Bereits bestehende Instrumente müssen daher ausgebaut werden.

Mobilität fördern

Damit diese Vernetzung nicht nur im digitalen Raum stattfindet, ist ein kostengünstiger, barrierefreier Zugang zu Mobilität vor allem für junge Menschen von höchster Priorität. Mobilität ist auch eine Form von Bildung die neue Erfahrungen und anderen Perspektiven ermöglicht. Deshalb sind Investitionen in den Ausbau von Infrastruktur in nicht gut erschlossenen Regionen essentiell.

Eine EU des Zusammenhalts braucht die notwendige Infrastruktur – online und offline. Daher fordert die BJV:

- Ausbau und Vereinfachung von Online-Konsultationsverfahren und e-Beteiligung unter Sicherstellung der Nachvollziehbarkeit
- EU-weites digitales Ausweissystem für Jugendliche, angelehnt an Pilotprojekte⁷ mit digitalen Ausweis-Apps auf Smartphones

⁷ Vgl. <http://noe.orf.at/news/stories/2868446/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]



- Digitale Medienkompetenz vermehrt in formaler und non-formaler Bildung thematisieren: Kritischer Umgang mit Informationen, Technologie und Aufklärung über Datenschutz und Urheberrecht⁸
- Sensibilisierung für Hass im Netz und verstärktes, transparentes, gemeinsames Vorgehen der Exekutive in der Zusammenarbeit mit SeitenbetreiberInnen z.B. beim Löschen von Hass-Postings und Schaffung eines gemeinsamen Rechtsrahmens⁹
- Ausbau von öffentlichen W-Lan Hotspots¹⁰
- Netzneutralität, also gleichberechtigte Übertragung von Daten im Netz, auf EU-Ebene gewährleisten
- Nachhaltige Infrastruktur: Ausbau von Breitbandinternet und Mobilfunknetzen – vor allem in ländlichen Regionen
- Digital Single Market/Online Binnenmarkt: gemeinsame Regelungen aller EU-Mitgliedsstaaten müssen auch online zur Realität werden
- Schaffung eines übergreifenden europäischen Urheberrechtsgesetzes und einheitlicher Lizenzen für audiovisuelle Inhalte, um den Zugang für alle BürgerInnen zu ermöglichen
- Förderung europäischer Mediennetzwerke (vgl. Presseförderungen) um Fernsehsender, Nachrichten, Berichterstattung und Programme mit dezidiert europäischer Ausrichtung zu ermöglichen
- Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrsnetzes
- Kostengünstiger Zugang zu Mobilität in der gesamten EU für junge Menschen: Öffentlicher Personenverkehr sowie bedarfsorientierte, nachhaltige Mobilität müssen gefördert werden, wodurch weniger Angewiesenheit auf Flugverkehr bestehen würde.
- Sicherstellung von barrierefreier Mobilität (Bahnhöfe, Züge, Ticketautomaten, etc.)
- Die EU soll jährlich ein Kontingent an kostenlosen Interrail-Tickets für alle 18-jährigen in der EU zur Verfügung stellen, die über eine Online-Plattform einfach bestellt werden können. Zusätzlich soll es Informationsoffensiven geben, die einzelne Zielgruppen auf das Angebot aufmerksam machen.
- Europäische Investitionen in den ländlichen Raum mit dem Ziel einer besseren Anbindung des ländlichen an den urbanen Raum und verbesserter Ausstattung von ländlichen Regionen (z.B. Bildungsstätten)
- Zugang zu von Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen für alle, besonders in benachteiligten Gebieten

⁸ Vgl. New Skills Agenda for Europe COM(2016) 381, Recommendation on key competences for lifelong learning (2006/962/EC)

⁹ Vgl. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1937_en.htm [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

¹⁰ Vgl. WiFi4EU; <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/policies/wifi4eu-free-wi-fi-europeans> [zuletzt aufgerufen: 6.3.2018]

5. Bildungs- und Jugendförderprogramme

Europäische Bildungs- und Jugendförderprogramme können maßgeblich zur Schaffung europäischer Identitäten, Teilhabe junger Menschen, interkulturellem Dialog, lebenslangem Lernen sowie zur sozialen Inklusion beitragen.

Bildungs- und Jugendförderprogramme sind eine Investition in den Frieden, Zusammenhalt, die Weiterentwicklung und somit in die Zukunft der EU. Deshalb muss eine ausreichende Finanzierung der Programme gesichert werden. Die Programme müssen alle Aspekte von Lernen, egal ob im formalen Kontext (bspw. Schule, Universität) oder im non-formalen und informellen Bereich (bspw. Jugendarbeit) berücksichtigen.

Das Studierendenaustausch-Programm Erasmus ist sicherlich das bekannteste Programm und ein Leuchtturmprojekt der EU. Aber auch in anderen Bereichen, wie dem freiwilligen Engagement, der Förderung des Dialogs von Politik und Jugendlichen oder der Mobilität von jungen Menschen leisten die Bildungs- und Jugendförderprogramme der EU einen zentralen Beitrag. Allerdings sind die Fördermittel für diesen zukunftsträchtigen Bereich bei weitem nicht ausreichend: Angebote, die mit Mitteln aus Erasmus+ finanziert werden, erreichen im Zeitraum 2014-2020 lediglich vier Millionen Personen (rund 0,8% der EU-Bevölkerung).¹¹

Der dadurch entstehende Wettbewerb unter den AntragstellerInnen führt zu mehr Hochschwelligkeit in den eingereichten Projekten. Die geförderten Projekte schaffen es daher nur selten, eine breite Gruppe von Jugendlichen zu erreichen. Da aber die Teilnahme an internationaler Lernmobilität neben dem gesellschaftlichen Wert an sich auch zur Entwicklung wichtiger Kompetenzen und Fähigkeiten beiträgt, müssen die Programme breiter und leichter zugänglich werden.

Damit die Fördermittel auch treffsicher eingesetzt werden, ist es wichtig, dass die Programme vernetzt mit anderen jugendpolitischen Maßnahmen und Zielsetzungen, wie etwa Jugendstrategien, gedacht werden. Um möglichst viele junge Menschen zu erreichen und Europa spürbar zu machen, braucht es die Stärkung, den Ausbau und erhöhte Mittel für die Bildungs- und Jugendförderprogramme der EU.

Unsere EU der Zukunft ist eine kinder- und jugendfreundliche. Daher fordert die BJV:

- Förderung des EU-Zusammenhalts und des Gemeinschaftsgefühls durch ausreichende finanzielle Ausstattung von breit zugänglichen, inklusiven, niederschweligen Jugendförderprogrammen, Jugendbegegnungen und -austausch.
- Mehr Förderung für individuellen Lernaustausch in der EU und den Programmpartnerländern vor allem auch für SchülerInnen, Lehrlinge und Jugendliche in ihrer Ausbildung

¹¹ <http://erasmusx10.eu/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]



- Vereinfachte Einreichungs- und Administrationskriterien, um breite Teilnahmemöglichkeiten sicherzustellen
- Zielgruppengerechte Information zu Bildungs- und Jugendförderprogrammen durch die EU-Institutionen



6. Bildung und Ausbildung

Bildung und Ausbildung sind Kernthemen der BJV. Dies ergibt sich einerseits aufgrund der direkten Betroffenheit der vertretenen Gruppe: Kinder und Jugendliche machen einen Großteil der Menschen aus, die zur Schule gehen, sich in Ausbildung befinden oder eine Hochschule besuchen.

Andererseits spielt Bildung eine gesellschaftliche Schlüsselrolle und ist kaum losgelöst von unzähligen anderen Fragen zu behandeln. Auch im Kontext des europapolitischen Engagements kann das Thema nicht unberührt bleiben: Bildung ist das notwendige Grundgerüst, um Verständnis für und Wissen über die EU sowie Möglichkeiten der Partizipation in der EU zu schaffen.

Daher sprechen wir uns in erster Linie für einen offenen, freien Bildungszugang für alle Kinder und Jugendlichen in der gesamten EU aus. Wir sehen einen klaren Handlungsauftrag für die Politik, diesen möglich zu machen und alle Bildungseinrichtungen mit den notwendigen Ressourcen auszustatten.

Im europäischen Kontext ist vor allem auch die Frage der Vergleichbarkeit sowie der politischen und interkulturellen Bildung, die zur Verständigung zwischen den EU-BürgerInnen beiträgt, von hoher Relevanz.

Gemeinsame Bildungsziele

Trotz des Prinzips der Subsidiarität im Bildungsbereich können sich die EU-Mitgliedsstaaten zu gemeinsamen Bildungszielen verpflichten, wie sie das in der Vergangenheit auch getan haben.¹²

Um Mobilität junger Menschen zu vereinfachen und die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen zu verbessern, spricht sich die BJV für die Formulierung gemeinsamer Bildungsziele aus. Zu diesen als Bildungszielen formulierten Grundkompetenzen zählen für die BJV Bereiche, die für die aktive Teilhabe an der europäischen Gesellschaft unerlässlich sind. Dazu gehören bspw. Bildung in der Erstsprache, Grundrechenarten, Politische Bildung und Medienkompetenz.

Mehrsprachigkeit als Gewinn

Sprachkompetenzen sind unerlässlich, um sich in der EU bewegen und verständigen zu können. Mehrsprachigkeit verstehen wir daher als wichtige, gemeinschaftsfördernde Ressource. Daher unterstützen wir Bestrebungen, die Mehrsprachigkeit fördern. Dieses Ziel soll auch zur Wahrung der Sprachenvielfalt, insbesondere der Minderheitensprachen in der EU, beitragen. Maßnahmen dafür können etwa der Ausbau von bilingualen Schulformen oder die Förderung von LehrerInnenmobilität und Einbeziehung von Native Speakern sein.

¹² Vgl. http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework_de [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]



Anerkennung, Validierung und Vergleichbarkeit

Um einen tatsächlichen gemeinsamen Bildungsraum in der EU zu schaffen, braucht es stärkere Vergleichbarkeit und Koordination der Bildungseinrichtungen. Vor über zehn Jahren wurde mit der Bologna-Reform der Grundstein dafür im Hochschulsektor gelegt. Dies muss verbessert und auf weitere Ebenen von formaler Bildung und Ausbildung ergänzt werden. Um dem ganzheitlichen Bildungsbegriff, wie ihn die BJV vertritt, gerecht zu werden, muss aber auch die Anerkennung und Validierung von non-formal und informell erworbenen Kompetenzen gestärkt werden.

Politische Bildung stärken

Politische Bildung verstehen wir als Fundament für Teilhabe und Partizipation. Daher fordern wir EU-weit die Stärkung von Politischer Bildung und setzen uns in Österreich auch für ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung ab der Sekundarstufe I ein. Die Geschichte, Bedeutung und aktuellen Entwicklungen in der EU sollen dabei den notwendigen Raum erhalten.

Politische Bildung ist jedoch nicht auf den formalen Bildungsbereich beschränkt. Der Beitrag der außerschulischen Jugendarbeit wurde bereits im Kapitel Partizipation und Mitbestimmung beleuchtet.

Eine EU der Chancen, der Teilhabe und der Zukunft braucht gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle. Daher fordert die BJV:

- Um Bildung im Sinne eines Grundrechtes zu verwirklichen, sollen Einrichtungen des primären und sekundären Bildungssektors in der gesamten EU kostenlos und frei zugänglich sein.
- Im tertiären Bildungssektor sollen EU-weit Rahmenbedingungen gesichert, bzw. geschaffen werden, die ein sozial inklusives und qualitativ hochwertiges Studieren ermöglichen.
- Förderung der Mehrsprachigkeit über die erste Fremdsprache hinaus z.B. durch Mobilitätsprogramme für Lehrkräfte, zusätzliches unverbindliches Sprachangebot und mehrsprachigen Unterricht an Schulen und im Kindergarten sowie kostengünstige Sprachkurse
- Einführung eines eigenen Schulfachs Politische Bildung, das auch europapolitische Bildung beinhaltet, ab der Sekundarstufe I
- Formulierung gemeinsamer EU-weiter Bildungsziele (dazu gehören jedenfalls Muttersprache, Grundrechenarten, Fremdsprache, Politische Bildung, Medienkompetenz, gemeinsames europäisches Geschichtsbewusstsein), um mehr Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen zu schaffen
- Ausbau eines europaweiten Systems, das die Vergleichbarkeit, Transparenz und Anerkennung von Bildungsabschlüssen fördert
- Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Kompetenzen sowie im (EU-)Ausland erworbener Abschlüsse
- Bessere Anerkennung und Validierung von Ehrenamt und freiwilligen Tätigkeiten durch ein EU-weites einheitliches Anerkennungssystem (vgl. Europäischer Qualifikationsrahmen)

7. Junge Menschen am Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktsituation gestaltet sich für junge Menschen in Österreich häufig schwierig und ist zunehmend mit Druck und angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbunden.

Jugendarbeitslosigkeit sowie der Übergang von Schule und Ausbildung in den Beruf sind Schlüsselthemen der BJV, bei denen wir mit eigenen Forderungen, Lösungsvorschlägen und kontinuierlichem politischen Engagement in Österreich und auf EU-Ebene aktiv sind, um die Interessen junger Menschen zu vertreten. Im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Arbeitslosenzahlen vor allem unter Jugendlichen dramatisch angestiegen.¹³

Die Umstände und die Situation junger Menschen gestalten sich nicht überall in der EU gleich, jedoch birgt Arbeitslosigkeit immer sowohl ein finanzielles Risiko sowie die Gefahr der gesellschaftlichen Exklusion. Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt und viele Jugendliche stehen heute in nicht traditionellen, rechtlich unzureichend geregelten Beschäftigungsverhältnissen. Durch die voranschreitende Digitalisierung werden sich Arbeit und Wirtschaft auch weiterhin verändern. Diesbezüglich hat die Politik die Aufgabe, gemeinsam mit den relevanten StakeholderInnen positive Rahmenbedingungen zu schaffen.

Klare Regelungen

Um eine erfolgreiche Integration junger Menschen am Arbeitsplatz zu erreichen, ist eine bessere gesetzliche Regelung von nicht traditionellen Arbeitsverhältnissen notwendig. In vielen Fällen sind vor allem junge Menschen von prekären Praktikaplätzen oder sogenannten platform-jobs (z.B. Uber, Foodora) betroffen. Vor allem Praktika, die nicht im Zuge einer Aus- oder Weiterbildung stattfinden, sollen daher untersagt werden (vgl. Regelung im öffentlichen Dienst, wie sie für ÖsterreicherInnen gilt).

Gemeinsames Commitment

Um die Arbeitsmarktsituation für junge Menschen in der EU zu verbessern, braucht es ein starkes Signal und gemeinsamen Einsatz auf allen Ebenen. Programme wie die Jugendgarantie¹⁴ schlagen in die richtige Kerbe, müssen aber massiv ausgebaut, finanziell gestärkt und besser mit anderen Programmen und Initiativen vernetzt werden. Dabei sollen sowohl quantitative Kriterien, wie der prozentuelle Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit, als auch qualitative Kriterien, wie die verbesserte Qualität und die Nachhaltigkeit der Jobangebote, als Erfolgsindikatoren herangezogen werden.

¹³ Vgl. EUROSTAT (http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics_and_beyond/de#Jugendarbeitslosigkeit, [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

¹⁴ Mehr Information: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]



Inklusiver Arbeitsmarkt

Für viele gesellschaftliche Gruppen bestehen weiterhin große Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. qualitativen Arbeitsverhältnissen. Die Folge sind Ungleichheit, Armut sowie Armutsgefährdung von Erwerbstätigen. Um qualitative Beschäftigung zu ermöglichen, braucht es daher einen Ausbau der Angebote sowie den kostenlosen Zugang zu arbeitsmarktorientierten Weiterbildungsmaßnahmen.

Nicht nur Jugendliche erfahren oft Ungleichheit am Arbeitsmarkt, es besteht auch weiterhin eine Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Im Sinne der Chancengleichheit setzen wir uns für die Gleichstellung am Arbeitsmarkt ein.¹⁵

Unsere EU der Chancen, Teilhabe und Zukunft braucht Jobs, die existenzsichernd sind, und Rahmenbedingungen, die Innovation zulassen. Daher fordert die BJV:

- Verstärkte gesamteuropäische Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit (kurzfristig: EU-Jobbörse, langfristig: breite Jugend-Beschäftigungsinitiative)
- Jugendgarantie und Jugendbeschäftigungsinitiative: Vereinfachung der bürokratischen Verfahren und langfristig eine Evaluierung zur besseren Verwendung der Ressourcen, damit eine größere Anzahl an NEETs erreicht werden kann, Arbeitsvermittlungsstellen effektiver unterstützt werden können und arbeitsmarktorientierte Weiterbildungsangebote ausgebaut werden können.
- Entlastung der jungen UnternehmerInnen und JunglandwirtInnen durch einfachere Fördermodelle und Toleranzen mit Augenmaß
- EU-weite Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen, Bekämpfung der Aushöhlung arbeitsrechtlicher Schutzstandards (bspw. Scheinselbständigkeit) sowie fair entlohnte Praktika
- Maßnahmen gegen Lohndumping
- Gemeinsame Standards für den Umgang mit platform-jobs (wie Uber, Foodora)
- EU-weite Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt, insbesondere gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sowie bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Zur Erhaltung und Attraktivierung des ländlichen Raumes sollen Betriebe und Vereine gezielt gefördert werden, um qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten für die BewohnerInnen – insbesondere für junge Frauen – zu schaffen.
- Stärkung von Mobilitätsprogramme für junge ArbeitnehmerInnen

¹⁵ Vgl. BJV Positionspapier Arbeitsmarkt

8. Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und von hoher Relevanz für die Lebensgrundlage von Kindern und Jugendlichen. Nur wenn es gelingt, auf europäischer und internationaler Ebene abgestimmte Maßnahmen zur Erfüllung der internationalen Klima- und Nachhaltigkeitsabkommen (Abkommen von Paris, Agenda 2030) umzusetzen, wird es eine lebenswerte Zukunft und Chancengerechtigkeit für nachfolgende Generationen geben.

Der Umgang mit unserer Umwelt beeinflusst die Lebensgrundlage von Kindern und Jugendlichen wie kaum ein anderes Themengebiet. Daher setzt sich die BJV für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen ein.

Fragen der Nachhaltigkeit sind eines der zentralen Felder für internationale und somit auch europäische Zusammenarbeit. Der Klimawandel und dessen Folgen kennen keine nationalstaatlichen Grenzen. Darum bedarf es eines klaren europäischen Bekenntnisses zu Umweltschutz und internationalen Klima- und Nachhaltigkeitsabkommen sowie konkrete Maßnahmen, zur Umsetzung dieser.

Umweltbewusster Konsum und Produktion

Um Nachhaltigkeit als Querschnittsmaterie zu etablieren, braucht es nicht nur entsprechende politische Rahmenbedingungen (Stichworte: Maßnahmen zur Eindämmung von geplanter Obsoleszenz¹⁶, Kreislaufwirtschaft), sondern auch ein Umdenken, was individuelle Gewohnheiten betrifft (Stichworte: Lenkungseffekte durch Preisgestaltung oder Besteuerung). Das betrifft vor allem die Regelungen zu Produktion und Lebenszyklus von Gütern.

Nachhaltige Energiepolitik

Auch die europäische Energiepolitik und ihre Folgen müssen nachhaltig gestaltet werden. Dafür braucht es einen Wandel hin zu erneuerbaren Energieformen, die nachhaltig und innerhalb der EU gewonnen werden. Das heißt: Es braucht den Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Nur so kann sichere, zugängliche und saubere Energie auch für künftige Generationen garantiert werden.

Unsere EU der Zukunft ist eine der Nachhaltigkeit. Daher fordert die BJV:

- Nachhaltige, leistbare und saubere Energie aus der EU: Erhalt und schnellstmöglicher Ausbau aller erneuerbaren Energiequellen und stärkere Nutzung nachwachsender Ressourcen, um die Abhängigkeit von Kernkraft, Kohle, Erdöl und Erdgas langfristig zu beenden
- Verknüpfung des notwendigen SDG-Umsetzungsplans mit der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens

¹⁶ Bei der geplanten (oder künstlichen) Obsoleszenz wird die Lebensdauer eines Produkts absichtlich reduziert. Produkte werden also schneller defekt, als es technisch notwendig wäre.



- Förderung von kleinen und mittleren Betrieben um eine nachhaltige, flächendeckende, umweltschonende, -gerechte und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft zu ermöglichen
- Förderung des Angebots an leistbaren, nachhaltigen, regionalen und saisonalen Lebensmitteln sowie Sicherung des Selbstversorgungsgrades in der Ernährung in der EU
- Eine Balance von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit als Grundlage für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik
- Verpflichtende durchgängige Herkunftstransparenz von Lebensmitteln sowie Verbesserung der Kennzeichnung der Produktionsstandards von Lebensmitteln
- Genauere Kennzeichnung für vegane und vegetarische Produkte
- Herkunftskennzeichnung von Fleisch und Eiern in der Gastronomie
- Selbstverpflichtung der EU und aller Mitgliedsstaaten zu einer nachhaltigeren Gesellschaft mit vermindertem Abfallaufkommen dank vermehrter Förderung der Wiederverwertung von Produkten, der Reduzierung von Verpackungsmaterialien sowie der Förderung von Reparaturmöglichkeiten
- Lösungsansätze zu den Themen Erhalt der Artenvielfalt, Ernährungssouveränität, Erhöhung der Ressourceneffizienz und Bodenschutz
- Sicherung von Beschäftigung und Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Förderung von Forschung in den Bereichen von Umwelt- und erneuerbaren Energietechnologien
- Verstärkte Förderung der Forschung und Innovation in den Bereichen der Erzeugung und Vermarktung von nachhaltigen Lebensmitteln



9. Soziale Rechte

Junge Menschen in der EU erfahren nicht immer die notwendige Unterstützung, um ihre sozialen Rechte wahrnehmen zu können. Junge Menschen sind oft nicht durch Wohlfahrtssysteme abgesichert, wenn sich ihr Weg zur Selbstständigkeit – also sichere Arbeit, eigene Wohnung, etc. – schwieriger gestaltet. Sozial- und Gesundheitssysteme in der EU fehlen häufig die notwendigen Kapazitäten, um auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzugehen. Besonders Kinder und Jugendliche, die Minderheitengruppen angehören, haben oft keinen vollen Zugang zu ihren sozialen Rechten.

Wir verstehen den gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, Herkunft oder anderen Faktoren sowie den Zugang zu sozialen Rechten von Kindern und Jugendlichen als grundlegende Voraussetzung für eine EU der Zukunft. Die Verankerung von sozialen Rechten sowie deren Umsetzung sind eine Querschnittsfrage. Kinder und junge Menschen sollten und müssen, wie alle anderen Altersgruppen auch, vollen Zugang zu den Menschenrechten haben.¹⁷ Daher setzen wir uns für die gesetzliche Verankerung, Umsetzung und regelmäßige Überprüfung der von allen EU-Staaten ratifizierten UN-Konvention über die Rechte des Kindes ein.

Eine EU der Chancengerechtigkeit braucht soziale Rechte und die Möglichkeit, diese wahrzunehmen. Daher fordert die BJV:

- Volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in allen Mitgliedsstaaten der EU
- Die Kindergarantie soll sicherstellen, dass Kinder, die von Armut betroffen sind, nicht aus finanziellen Gründen von medizinischer Versorgung und inklusiver Bildung, adäquater Kinderbetreuung und angemessenem Wohnraum ausgeschlossen werden.
- Gemeinsame Übernahme der Verantwortung bei Unterbringung, Versorgung und Betreuung von subsidiär schutzberechtigten, Asylberechtigten und AsylwerberInnen
- Commitment aller EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten durch gemeinsame Gleichstellungsstrategie und Stärkung von Gender Equality
- Auf Basis der strukturellen, institutionellen und demokratischen Möglichkeiten soll ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in allen EU-Institutionen angestrebt werden, das hieße zum Beispiel einen Frauen- bzw. Männeranteil von mindestens 40% im Europäischen Parlament.
- EU-weite Thematisierung von psychischer Gesundheit sowie der work-life balance (z.B. mit Blick auf die gegenwärtige Situation und zukünftige Veränderung der Arbeitswelt) und Entwicklung von entsprechenden Maßnahmen speziell für junge Menschen
- Anerkennung der Minderheitenrechte:

¹⁷ Ausnahmen betreffen den Schutz von Minderjährigen.

- EU-Empfehlung zum Schutz und zur Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt
- Aufnahme des Schutzes nationaler Minderheiten und der Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in die Ziele des EU-Fonds für regionale Entwicklung
- Anstreben der Gleichheit für staatenlose Minderheiten, z.B. Roma



10. Quellen und weiterführende Literatur

Bundesjugendvertretung: Positionspapier: „Arbeitsmarkt“, 2015

Eurobarometer: Standard Eurobarometer 84, National Report, 2015

Eurostat: *Statistiken zur Arbeitslosigkeit und mehr*, (2017)

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics_and_beyond/de#jugendarbeitslosigkeit
[zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

Europarat: *Young People's Access to Rights*, Recommendation CM/Red(2016)7, 2016

Europäische Kommission: *Beschäftigung, Soziales und Integration: Jugendgarantie*

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>
[zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

Europäische Kommission: *Europäische Säule Sozialer Rechte*

https://ec.europa.eu/commission/priorities/deeper-and-fairer-economic-and-monetary-union/european-pillar-social-rights_de#background

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics_and_beyond/de#jugendarbeitslosigkeit

Europäische Kommission: *European Commission and IT Companies announce Code of Conduct on illegal online hate speech*, (2016)

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1937_en.htm [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

Europäische Kommission: *New Skills Agenda for Europe COM(2016) 381*

Europäische Kommission: *Strategischer Rahmen – allgemeine und berufliche Bildung 2020*

http://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework_de
[zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

Europäische Kommission: *WiFi4EU*

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/policies/wifi4eu-free-wi-fi-europeans>
[zuletzt aufgerufen: 6.3.2018]

Europäischen Parlaments und des Rates: *Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen (2006/962/EG)*

European Youth Forum: *A youth perspective on the European Pillar of Social Rights*, 2017

European Youth Forum: *Policy Paper on the Erasmus+ successor programme*, 2017

Erasmusx10: *For a more inclusive and accessible Erasmus+ Programme*

<http://erasmusx10.eu/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

Fundamental Rights Agency: *Charta der Grundrechte der Europäischen Union*

<http://fra.europa.eu/de/charterpedia> [zuletzt aufgerufen: 6.3.2018]

Jugend und Politik im Dialog: *Strukturierter Dialog*

<http://www.strukturierter-dialog.at/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

ORF Niederösterreich: *Jugendapp: Digitale Ausweise am Handy, (2017)*

<http://noe.orf.at/news/stories/2868446/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: *ÖGfE-Jugendumfrage 2017*

<http://oegfe.at/2017/09/oegfe-jugendumfrage-2017-zum-schulstart-austausch-mit-jugendlichen-ueber-europa-intensivieren/> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

The Guardian: *EU referendum: youth turnout almost twice as high as first thought.*

<https://www.theguardian.com/politics/2016/jul/09/young-people-referendum-turnout-brexite-twice-as-high> [zuletzt aufgerufen: 1.2.2018]

